

Gemeinde Dötlingen

Die Bürgermeisterin



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom

01.12.2022

im Rathaus der Gemeinde Dötlingen, Sitzungszimmer, Hauptstr. 26,

27801 Neerstedt

AWiFi/005/2022

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	22:24 Uhr

Tagesordnung:

Top	Bezeichnung	Dr.-Nr.
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Feststellung der Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2021	
4.	Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
5.	Bericht der Bürgermeisterin	
6.	Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden	
7.	Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin	
.	Einwohnerfragestunde	
8.	Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz hier: Auswirkungen für die Gemeinde Dötlingen	2022/605
9.	Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz hier: Vermietung des Gemeindemobils	2022/606



10.	Jahresabschlüsse der Gemeinde Dötlingen hier: Aktueller Sachstand	2022/604
11.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 hier: Vorstellung der wesentlichen Positionen, Verwendung des Überschusses und Entlastung der Bürgermeisterin	2022/537
12.	Hebesätze der Gemeinde Dötlingen hier: 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Dötlingen	2022/598
13.	Kalkulation der Gebühren für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Dötlingen hier: Beschluss über die Zinssätze für die kalkulatorische Verzinsung sowie Beschluss über die Satzung zur Erhebung von Abgaben für die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung	2022/609
14.	Haushalt 2023 hier: Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	2022/560
15.	Anfragen und Anregungen	
	Einwohnerfragestunde	

Teilnehmer:**Anwesend:****Mitglieder:**

Frau Elke Lorenz

Herr Claus Plate

Ausschussvorsitzender

Frau Gabriele Roggenthien

Frau Anke Spille

Frau Beate Wilke

von der Verwaltung:

Frau Antje Oltmanns

Bürgermeisterin

Frau Katrin Albertus-Hirschfeld



Herr Uwe Kläner

Frau Monika Oetken-Krüger

Protokollführer:

Frau Connie Becker

Entschuldigt:

Hinzugewähltes Mitglied:

Herr Jens Schachtschneider

**Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und
der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Claus Plate eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschlussfähig ist.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Plate lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Diese wird einstimmig mit 5-Ja-Stimmen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0



Zu TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.12.2021

Ausschussvorsitzender Plate lässt über die Niederschrift des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 07.12.2022 abstimmen.

Die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 4 Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Ausschussvorsitzender Plate berichtet von einem spannenden Jahr. Die Haushaltsaufstellung im letzten Jahr war für einige Ratsmitglieder neu und es sind einige Fehler passiert, so dass der Haushalt zunächst nicht genehmigt werden konnte. Dennoch haben Rat und Verwaltung im guten Zusammenspiel eine Lösung finden können.

Zu TOP 5 Bericht der Bürgermeisterin

5.1 Erklärung von hinzugewähltem Mitglied Jens Schachtschneider

Herr Jens Schachtschneider, hinzugewähltes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, ist leider verhindert, hat mich jedoch gebeten, folgende Erklärung von ihm zu übermitteln:

„Der NWZ konnte ich entnehmen, dass die Finanzlage der Gemeinde angespannt ist. „Kleinvieh macht auch Mist“ besagt ein bekanntes Sprichwort. Ausdrücklich ist es richtig, alle Positionen zu betrachten. Dabei müssen wir uns jedoch stets vor Augen führen, dass Kürzungen oder Streichungen kleiner Zuschüsse bei einem zweistelligen Millionenhaushalt selbst in der Summe kaum etwas bewirken, aber eine negative Signalwirkung insbesondere auf ehrenamtlich geprägte Einrichtungen, Vereine etc. haben können, deren Folgen sich dann für das Leben in unserer



Gemeinde negativ multiplizieren. Je größer eine Kostenposition, umso intensiver muss diese ohne Tabus betrachtet werden. Hier können 10 % einen sechsstelligen Sparbetrag bewirken, woanders bringen 50 % nur ein paar hundert Euro. Kreditfinanzierungen halte ich nur dann für ratsam, wenn diese eine vorübergehende Finanzlücke schließen oder dafür zukunftsweisende Investitionen ohne weitere Folgekosten getätigt werden. Konsumkredite haben viele Menschen in finanzielle Schwierigkeiten gebracht, dieses gilt auch für Gemeinden. Dieses sind alles keine revolutionär neue Gedanken und doch ist es hilfreich, sich diese immer wieder vor Augen zu führen.“

Aussprache zu 5.1

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Bürgermeisterin Oltmanns zur Kenntnis.

Zu TOP 6 Aussprache zum Bericht der/des Ausschussvorsitzenden

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Ausschussvorsitzendem Plate zur Kenntnis.

Zu TOP 7 Aussprache zum Bericht der Bürgermeisterin

Eine Aussprache findet statt (vgl. TOP 5).

Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Plate unterbricht die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen für eine Einwohnerfragestunde um 18:05 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.



Sodann eröffnet Ausschussvorsitzender Plate erneut die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 18:06 Uhr.

**Zu TOP 8 Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz
hier: Auswirkungen für die Gemeinde Dötlingen
Vorlage: 2022/605**

Ausschussvorsitzender Plate erklärt, dass die Umsatzsteuer für die Kommunen ein völlig neues Thema ist und gibt dann das Wort an die Verwaltung, Connie Becker.

Frau Becker berichtet über die Gesetzesänderungen im Umsatzsteuergesetz und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Gemeinde Dötlingen, entsprechend der Ausführungen in der Sitzungsvorlage. Darüber hinaus teilt sie mit, dass es aktuell Pläne von Seiten des Bundes gibt, den Optionszeitraum zur Anwendung des alten Rechts noch zu verlängern. Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld führt hierzu aus, dass die Gemeinde Dötlingen hiervon jedoch keinen Gebrauch machen wird, da die Umsetzung aller zu treffenden Maßnahmen bereits sehr weit vorangeschritten und die Mitarbeitenden geschult sind.

Sodann lässt AV Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 5-Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen:

Der Verwaltungsausschuss:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen:

Die Ausführungen zur Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz und die daraus entstehenden Auswirkungen auf die Gemeinde Dötlingen werden zur Kenntnis genommen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**Zu TOP 9 Einführung des § 2b Umsatzsteuergesetz
hier: Vermietung des Gemeindemobils
Vorlage: 2022/606**

Ausschussvorsitzender Plate übergibt das Wort erneut an die Verwaltung, Connie Becker.

Frau Becker erläutert die Notwendigkeit der Anpassung des Nutzungsentgeltes für das Gemeindemobil anhand der Ausführungen in der Sitzungsvorlage und stellt dar, dass von dem derzeit erhobenen Nutzungsentgelt in Höhe von 0,15 €/km noch 19 % Umsatzsteuer abgeführt werden müssen und somit die Aufwendungen der Gemeinde nicht getragen werden können.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille gibt zu bedenken, dass sich die Vereine eine Erhöhung um 0,20 €/km auch leisten können müssen und die reine Verrechnung der Kosten mit den gefahrenen Kilometern einen Betrag von 0,25 €/km brutto ergeben würde. Dies wäre ein Betrag, der von der CDU-Fraktion mitgetragen werden könnte, auch wenn der Verwaltungsaufwand dann nicht berücksichtigt wird.

Beigeordnete Roggenthien schließt sich den Ausführungen von Stellvertretender Bürgermeisterin Spille an.

Es wird **beantragt** das Nutzungsentgelt lediglich auf 0,25 € (km zu erhöhen).

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den **Antrag** abstimmen. Dieser wird mit 5-Ja-Stimmen einstimmig **angenommen**.



Es besteht Übereinkommen, das überarbeitete Nutzungskonzept zum Verwaltungsausschuss am 08.12.2022 mit der Erhöhung auf 0,25 €/km auszuweisen.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

Das Nutzungskonzept für das Gemeindemobil der Gemeinde Dötlingen gemäß Anlage 2 wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 10 Jahresabschlüsse der Gemeinde Dötlingen

hier: Aktueller Sachstand

Vorlage: 2022/604

Ausschussvorsitzende Plate stellt heraus, dass der Sachstand der Jahresabschlüsse eine sehr erfreuliche Entwicklung zu erkennen lässt und übergibt das Wort an Bürgermeisterin Oltmanns.

Bürgermeisterin Oltmanns stellt die Abarbeitung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2015 dar und teilt mit, dass auch der Jahresabschluss 2016 voraussichtlich noch in diesem Jahr fertiggestellt werden soll.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille spricht ein großes Lob für die Verwaltungsleistung aus. Ratsmitglied Lorenz, Beigeordnete Roggenthien und Ausschussvorsitzender Plate schließen sich dem an.



Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 5-Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen:

Der Verwaltungsausschuss:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen:

Die Ausführungen zu den Jahresabschlüssen werden zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 11 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013

**hier: Vorstellung der wesentlichen Positionen, Verwendung des
Überschusses und Entlastung der Bürgermeisterin**

Vorlage: 2022/537

Ausschussvorsitzender Plate führt anhand der Sitzungsvorlage in die Thematik ein und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Dieser wird mit 5-Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

Der Jahresabschluss 2013 wird beschlossen.

Der Bürgermeisterin wird die Entlastung im Sinne des § 129 Absatz 1 NKomVG erteilt.



Die ordentlichen und außerordentlichen Überschüsse des Jahres 2013 werden den jeweiligen Überschussrücklagen zugeführt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 12 Hebesätze der Gemeinde Dötlingen

hier: 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Dötlingen

Vorlage: 2022/598

Ausschussvorsitzender Plate bittet Bürgermeisterin Oltmanns um Ausführungen zu dieser Sitzungsvorlage.

Bürgermeisterin Oltmanns berichtet, dass die Hebesätze – wie jedes Jahr – betrachtet wurden. Die Hebesätze für die Grundsteuern sind relativ niedrig, wodurch der Gemeinde im Rahmen des Finanzausgleiches erneut mehr Grundsteuer B angerechnet wird, als tatsächlich eingenommen wurde. Auch wirken sich die niedrigen Steuersätze negativ auf die Kreisumlage aus. Dies könne sich die Gemeinde auf Grund des Haushaltsdefizites nicht mehr leisten, so dass eine Erhöhung dringend geboten sei.

Die Durchschnittshebesätze bei Kommunen mit weniger als 100.000 Einwohnern liegen bei der Grundsteuer A bei 393 v. H. und bei der Grundsteuer B bei 417 v. H. Beim Finanzausgleich wird ein Hebesatz angenommen, der 90 v. H. der vorgenannten Durchschnittswerte entspricht, also 354 v. H. bei der Grundsteuer A und 375 v. H. bei der Grundsteuer B.

Bei der letzten Anpassung der Hebesätze zum Haushaltsjahr 2020 wurde der seinerzeit im Finanzausgleich angerechnete Wert i. H. v. 365 v. H. als Größe gewählt. Um relativ häufige Anpassungen des Hebesatzes zu vermeiden wird vorgeschlagen, den Hebesatz auf 390 v. H. zu



erhöhen. Hierdurch würden Mehreinnahmen i. H. v. 59.000,00 € generiert werden. Der Mehraufwand je Fall liegt in etwa bei 21,64 € pro Jahr.

Beigeordnete Roggenthien führt aus, dass aus den Werten, die auch in der ratsöffentlichen Informationsveranstaltung vorgestellt wurden, hervorgeht, dass der angerechnete Hebesatz der Grundsteuer A unter dem Hebesatz der Gemeinde liegt und der Hebesatz der Gemeinde für die Grundsteuer B lediglich 10 Prozentpunkte unter dem angerechneten Hebesatz liegt. Weiterhin weist sie darauf hin, dass der Hebesatz der Gemeinde für die Gewerbesteuer weit über dem angerechneten Hebesatz liegt. Zu bedenken gibt sie auch, dass die 21,64 € im Jahr nicht nur die Hausbesitzer trifft, sondern möglicherweise auch Mieter, auf die diese Beträge umgelegt werden. Insbesondere in Bezug auf die Änderungen durch die Abwassergebührenkalkulation wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Beschlussvorschlag zur Erhöhung der Grundsteuer B nicht mittragen.

Ratsmitglied Lorenz schließt sich den Aussagen von Beigeordnete Roggenthien an und führt an, dass eine entsprechende Erhöhung nicht nur auf die Grundsteuer B begrenzt sein, sondern dann auch für die Grundsteuer A gelten sollte. Da die Belastung der Haushalte aber enorm gestiegen sei und im Bereich der Gewerbesteuer bei der Anrechnung im Finanzausgleich schon jetzt ein „Überschuss“ besteht und durch das neue Gewerbegebiet Wildeshausen-Nord noch weitere Gewerbesteuererträge zu erwarten sind, spricht sich auch die SPD gegen eine Anpassung der Hebesätze aus.

Beigeordnete Wilke schließt sich den vorgenannten Ausführungen an und schlägt vor, die anstehende Grundsteuerreform und deren Auswirkungen erst einmal abzuwarten.

Ausschussvorsitzender Plate weist ebenfalls auf die Belastung und Auswirkungen für die Haushalte hin. Er schlägt vor, das Jahr 2023 intensiv dafür zu nutzen, um Einsparpotentiale zu entwickeln und Ziele auszuarbeiten. Die FDP-Fraktion trägt den Beschlussvorschlag nicht mit.



Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld weist darauf hin, dass der Hebesatz für die Gewerbesteuer zwar relativ hoch ist, die Aufwendungen von den Firmen jedoch überwiegend im Rahmen der Einkommensteuererklärung abgesetzt werden können.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille äußert allgemein die Unzufriedenheit mit der gesetzlichen Situation, dass die Gemeinde im Finanzausgleich nur zahlen muss und keine Zuweisungen bekommt.

Dem pflichtet Ausschussvorsitzender Plate bei.

Bürgermeisterin Oltmanns bestätigt, dass auch sie dies als ungleiche Behandlung empfindet und es sich die Gemeinde gerade deshalb nicht leisten kann, die Grundsteuer B nicht anzupassen.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 5-Nein-Stimmen einstimmig abgelehnt.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Dötlingen wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 0 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0



**Zu TOP 13 Kalkulation der Gebühren für die zentrale und dezentrale
Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Dötlingen
hier: Beschluss über die Zinssätze für die kalkulatorische Verzinsung
sowie Beschluss über die Satzung zur Erhebung von Abgaben für die
zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung
Vorlage: 2022/609**

Ausschussvorsitzender Plate übergibt das Wort an Bürgermeisterin Oltmanns.

Bürgermeisterin Oltmanns führt aus, dass es sich bei der Abwasserbeseitigung um eine kostenrechnende Einrichtung handelt, dessen Kalkulation seit dem letzten Jahr durch ein Fachunternehmen erfolgt. Sie erläutert die zu beschließenden Aspekte anhand der Sitzungsvorlage und ergänzt, dass die Umsetzung der Gebührenkalkulation bei einem durchschnittlich angenommenen Verbrauch von 172 cbm (für einen 4-Personen-Haushalt – jeweils 43 cbm pro Person) Mehrkosten in Höhe von 77,40 € im Jahr ausmacht.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille merkt an, dass es sich um eine große Preissteigerung handelt und hinterfragt, wie diese zustande kommt.

Bauamtsleiter Kläner erläutert, dass hier unter anderem die stark gestiegenen Bewirtschaftungskosten, also Stromkosten, und die steigenden Personalkosten durch Tarifvertragsanpassungen eine Rolle spielen. Es entstehen höhere Kosten bei gleichbleibender Abwassermenge.

Ausschussvorsitzender Plate hinterfragt, ob die Kosten im Bereich der Abwasserbeseitigung des Gewerbegebietes Wildeshausen- Nord nicht auch ausschlaggebend sind und ob sich bei den Kosten für die Abrechnung mit der Stadt Wildeshausen noch Veränderungen ergeben.

Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld erläutert, dass die Aufwendungen für die Unterhaltung für die Abwasserbeseitigung, die aus dem Gewerbegebiet



resultieren, auf Grund der noch neuen Anlagen sehr gering ausfallen. Der Effekt aus den zusätzlichen Abschreibungen ist insofern nicht direkt erkennbar, als dass die Abschreibungen auch schon in der Kalkulation für das Jahr 2022 berücksichtigt wurden und der Kanal selbst über 75 Jahre abgeschrieben wird. Die Werte für die Abrechnung mit der Stadt Wildeshausen liegen seit dem 01.12.2022 vor. Hier hat sich eine Erhöhung ergeben, so dass über die Veränderungsliste noch weitere 9.600,00 € bereitgestellt werden müssen. Diese Summe ist in der Kalkulation noch nicht enthalten und wird erst im Rahmen der Nachkalkulation 2023 berücksichtigt.

Ratsmitglied Lorenz äußert die Hoffnung, dass eine Entlastung entsteht, sobald die Gewerbebetriebe im Gewerbepark anlaufen und so in den Folgejahren keine Erhöhung von 14,7 % ansteht.

Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld bestätigt, dass bei Änderungen des Teilers, also der Abwassermenge, auch die Kosten im Verhältnis neu zu verteilen sind und sich somit auch die Gebühr ändern kann.

Beigeordnete Roggenthien führt aus, dass die Entwicklung derzeit schwierig ist, da u. a. durch den Gewerbepark die Kosten steigen, aber der Teiler im Verhältnis dazu nicht. Dennoch wurde die Entscheidung von Seiten des Rates getroffen, eine kostendeckende Gebühr umzusetzen. Also sind jetzt auch die Konsequenzen zu vertreten.

Ausschussvorsitzender Plate gibt zu bedenken, dass in den Vorjahren rund 80.000,00 € von der Gemeinde selbst getragen wurden und sie somit „draufgezahlt“ hat. Die Kosten werden nun entsprechend weitergegeben. Die gemeldeten m³ für Gartenwasser werden sowohl bei der Kalkulation in Abzug gebauht als auch dem Gebührenschuldner nicht in Rechnung gestellt.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 5-Ja-Stimmen einstimmig angenommen.



„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

1. Den kalkulatorischen Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals für das Jahr 2023 i. H. v. 0,24 %.
2. Die 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die Abwasserbeseitigung (Schmutzwasser) in der Gemeinde Dötlingen (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung) in der als Anlage 1 beigefügten Form. Diese Anlage 1 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser und Fäkalschlamm aus Grundstücksentwässerungsanlagen (Gebührensatzung für Grundstücksentwässerungsanlagen) in der als Anlage 2 beigefügten Form. Diese Anlage 2 ist Bestandteil dieses Beschlusses.“

Abstimmungsergebnis:

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zu TOP 14 Haushalt 2023

hier: Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Vorlage: 2022/560

Ausschussvorsitzender Plate übergibt das Wort an die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld.

Diese stellt den Entwurf des Haushaltes 2023 *inkl.* aller Änderungen über die Veränderungsliste mit Stand vom 30.11.2022 anhand der **anliegenden Power-Point-Präsentation** vor.

Beigeordnete Roggenthien und Ratsfrau Lorenz hinterfragen die Auswirkungen aus den geplanten zusätzlichen Auszahlungen des Landes.



Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld führt aus, dass die Auswirkungen derzeit nur zum Teil berechnet werden können, da die genauen Berechnungsgrundlagen noch nicht vorliegen.

Beigeordnete Roggenthien **beantragt**, die Mittel für die Flächennutzungsplanung auf 2024 zu verschieben, da die Zielediskussion erst in 2023 vorangetrieben wird.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass hier auch Themenbereiche wie Windkraft und Photovoltaik eine Rolle spielen und dadurch voraussichtlich vorher bereits entsprechende Nutzungspläne angefasst und Studien angestellt werden müssen.

Bauamtsleiter Kläner ergänzt, dass die 50.000,00 € um Aufträge vergeben zu können noch fast zu gering angesetzt sind.

Der **Antrag** wird **zurückgezogen**.

Ratsmitglied Lorenz hinterfragt die Kosten für die Abfallentsorgung in Bezug auf die Hundekotbeutel.

Bauamtsleiter Kläner führt aus, dass die Leerungskosten bisher sehr gering waren und eine neue Ausschreibung höher ausfallen wird. Auch die Kosten für die Hundekotbeutel sind gestiegen. Eine Auswertung der ausführenden Firma wird jährlich angefordert, hieraus kann die Annahme der Stationen abgelesen werden.

Ratsmitglied Lorenz ergänzt, dass in den Zeitungsberichten hierzu von 19.000,00 € die Rede war und dies Fragen aufgeworfen hätte.

Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld führt aus, dass die Hundekotbeutel unter Touristik-Aspekten eingeführt wurden, um „Tretmienen“ zu vermeiden.



Die Hundesteuerzahler vor Ort nutzen die Hundekotbeutelspender eher weniger. Eine Verquickung von Steuer und Kosten ist eher schwierig.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erkundigt sich nach den geplanten zusätzlichen Straßenlaternen im Rahmen der Schulwegsicherung.

Bauamtsleiter Kläner erklärt, dass es sich hierbei um die im Arbeitskreis Schulwegesicherheit beratenen zusätzlichen Straßenlaternen im Bereich Eichenweg/Am Sportplatz in Neerstedt handelt. Ein entsprechendes Angebot in Höhe der angesetzten 40.000,00 € liegt vor.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille hinterfragt weiterhin die Umsetzung der geplanten Maßnahmen im Außenbereich des Haus der Generationen und gibt die Anmerkung hierzu, dass die Förderung lediglich vorbehaltlich der Anerkennung in den Haushalt eingestellt wurde.

Bauamtsleiter Kläner erläutert, dass die Hauptfinanzierung über die eingegangene Spende gesichert ist und die Restsumme über das Programm „Leader“ finanziert werden soll. Die hierzu geführten Vorgespräche sind positiv gelaufen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille merkt an, dass die Bezuschussung der Reetdachsanierung gänzlich im Haushalt fehlt und **beantragt** diese wieder aufzunehmen.

Bauamtsleiter Kläner erklärt, dass in der Haushaltberatung für den Haushalt 2022 lediglich die Einsetzung der Mittel für das Jahr 2022 beschlossen wurde.

Bürgermeisterin Oltmanns ergänzt, dass hier der politische Beschluss umgesetzt und angesichts der miserablen Haushaltslage aus Sicht der Verwaltung so beibehalten werden sollte, da es sich um eine freiwillige Leistung handelt.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille und Beigeordnete Roggenthien führen aus, dass es sich bei den Reetdächern um Kulturgut handelt, das für das Dötlinger Ortsbild wichtig ist.



Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld verweist auf die Beantwortung der Fragen der FDP-Fraktion. Es besteht für Privatpersonen die Möglichkeit, eine Förderung über „Leader“ zu erhalten.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Antrag von Stellvertretender Bürgermeisterin Spille abstimmen. Der **Antrag** wird mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung **angenommen**.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille hinterfragt die Notwendigkeit der 3.000,00 € für den geplanten „Tag der offenen Tür“ und **beantragt**, die Mittel zu streichen.

Bürgermeisterin Oltmanns erklärt, dass ursprünglich zur Fertigstellung des Anbaus ein „Tag der offenen Tür“ geplant war. Darüber hinaus stehen in 2023 das 70-jährige Jubiläum des Rathauses und das 90-jährige Bestehen der Gemeinde Dötlingen an, so dass dies im Rahmen eines Tages der offenen Tür begangen werden könne. Ohne Haushaltsmittel sei eine solche Veranstaltung nicht durchzuführen.

Bauamtsleiter Kläner ergänzt, dass Bürger schon häufiger den Wunsch nach einer solchen Veranstaltung geäußert haben.

Beigeordnete Roggenthien erbittet Informationen dazu, wofür die Mittel eingesetzt werden sollen. Sofern hiervon auch die Verpflegung gezahlt werden solle, verweist sie auf die Möglichkeit eines Food-Trucks.

Bürgermeisterin Oltmanns führt aus, dass derzeit noch keine Planungen aufgenommen wurden, die Mittel aber u. a. für Werbemaßnahmen, Werbeartikel und einen kleinen Empfang oder ähnliches genutzt werden sollen. Die verschiedenen Einrichtungen der Gemeinde sollen bei der Umsetzung mit einbezogen werden.



Es wird sich unter Berücksichtigung des Gesamtzusammenhanges darauf **geeignet**, dass die Mittel im Haushalt bestehen bleiben. Gleichzeitig wird darum gebeten, die Planungen im Vorfeld in der Politik vorzustellen.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille **beantragt** die Verschiebung der Mittel für den Austausch der Fenster im Dorfgemeinschaftshaus Grad von 2023 nach 2024 und hinterfragt im Allgemeinen die Nutzung des Hauses und die damit einhergehende Notwendigkeit des Austausches.

Bauamtsleiter Kläner führt aus, dass der Austausch der Fenster zum Erhalt des Gebäudes erforderlich sei, einer Verschiebung nach 2024 spricht jedoch nichts entgegen.

Beigeordnete Roggenthien hinterfragt, wie das Gebäude sonst noch genutzt werden oder wie mit dem Gebäude alternativ umgegangen werden kann, wenn eine Instandhaltung trotz geringer Nutzung erforderlich ist.

Bauamtsleiter Kläner bittet darum, die Nutzerdiskussion nicht in öffentlicher Sitzung zu führen und schlägt vor, zunächst das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen. Dies könne im Rahmen der Wegebereisung 2023 stattfinden.

Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Antrag der Verschiebung der Mittel nach 2024 abstimmen. Der **Antrag** wird einstimmig **angenommen**.

Stellvertretende Bürgermeisterin Spille erkundigt sich nach dem CDU Antrag bezüglich des Sonnensegels für den Spielplatz „Am Kohlhoff“.

Der einzustellende Betrag kann im Rahmen der Sitzung nicht ermittelt werden. Es erfolgt eine Aufbereitung für den Verwaltungsausschuss am 08.12.2022.



Ratsmitglied Lorenz wünscht, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zukünftig häufigere Zwischenstände über die laufenden Finanzen - vorzugsweise vierteljährlich – bekommt, da in diesem Jahr nur eine Sitzung stattgefunden hat.

Ausschussvorsitzender Plate ergänzt, dass diese „Quartalsberichte“ dazu führen können, eine bessere Übersicht zu erhalten und auch in Vorbereitung der Haushaltsberatungen hilfreich sind.

Bürgermeisterin Oltmanns kann den Wunsch nachvollziehen, gibt jedoch zu bedenken, dass in diesem Jahr der Haushalt erst Ende Juni in Kraft getreten ist und die Verwaltung aktuell extrem gefordert sei, wie z. B. durch die ausstehenden Jahresabschlüsse und die Umsetzung der neuen Umsatzsteuerregelung. Die „Quartalsberichte“ würden einen zusätzlichen hohen Verwaltungsaufwand darstellen. Als Kompromiss schlägt sie vor, dass zu den jeweiligen Fachausschusssitzungen Übersichten von größeren Maßnahmen angefordert werden könnten.

Die Allgemeine Stellvertreterin der Bürgermeisterin Albertus-Hirschfeld ergänzt, dass der vorgeschlagene Kompromiss erst einmal eine gute Zwischenlösung sein könnte. Für die Einführung eines Berichtswesens sollte vorab nochmal besprochen werden, in welchem Umfang dieses stattfinden soll. Auch ist hierfür die Umsetzung der Zielediskussion vorab zwingend erforderlich, um Entwicklungen darstellen zu können.

Ratsmitglied Lorenz weist darauf hin, dass es auch um die eigene Reflektion dessen geht, was in der Umsetzung tatsächlich möglich ist und wo ggf. zu viel geplant war.

Es wird sich darauf geeinigt, dass die Fraktionen zunächst Anfragen stellen können zu den jeweiligen Fachausschüssen mit der Bitte um Aufarbeitung von verschiedenen Punkten und die Fraktionsvorsitzenden sich über die Ausgestaltung eines solchen Berichtes austauschen werden.

Ausschussvorsitzender Plate berichtet, dass die NBank im Jahr 2022 ein Förderprogramm für Rasenmäroboter für Sportvereine hat und hier eine Förderung von 70 % möglich wäre.



Bauamtsleiter Kläner führt aus, dass Mähroboter auch im Zuge der Haushaltskonsolidierung schon länger ein Thema sind. Die Verwaltung ist hier am Ball. Das genannte Förderprogramm kann von der Gemeinde selbst nicht genutzt werden, da nur Vereine und Gewerbebetriebe gefördert werden. Ein „Umweg“ über die Vereine wäre theoretisch möglich. Aktuell wird die Leistung des Rasenmähens über die Sportrichtlinie gestellt. Die Nutzung der Plätze sowie die Haftung bei Schäden oder ähnlichem muss auch berücksichtigt werden. Bisher ist ein Mehrwert durch die Anschaffung von Rasenmährobotern nicht ersichtlich, da viele Punkte unklar bzw. noch zu beachten sind. Aktuell haben nur die Gemeinden Hatten und Wardenburg Förderanträge gestellt.

Ausschussvorsitzender Plate bittet darum, dieses Thema im nächsten Jahr näher zu betrachten.

In der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Energie wurde eine Anpassung des Haushaltsansatzes für die Post- und Fernmeldegebühren besprochen. Hier kam es zu dem Missverständnis, dass der neue Ansatz i. H. v. über 5.000,00 € ausschließlich für die Handyverträge der Mitarbeiter vorgesehen ist. Bauamtsleiter Kläner erklärt, dass hier neben den Handykosten von rund 600,00 € je Vertrag pro Jahr auch die Verteilung der Gemeinkosten für die Telefongebühren des Rathauses und des Portos, sowie des Fernwirksystems dargestellt werden.

Ausschussvorsitzender Plate hinterfragt die Verschiebung der Mittel für den Breitbandausbau nach 2024.

Bauamtsleiter Kläner erklärt, dass die Umsetzung derzeit gerade im gewerblichen Bereich sehr aktiv ist. Die Verschiebung der Mittel ist in Absprache mit dem Landkreis Oldenburg erfolgt.

Die Abstimmung zu den in der Sitzungsvorlage aufgeführten noch zu beratenden Punkten hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Ergebnishaushalt



P1.1.111005 – Grundstücks- und Gebäudemanagement

Sachkonto 421166

Ansatz bisher: 19.430,00 Euro

Ansatz neu: 21.730,00 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.

P1.1.126000 – Brandschutz Sachkonto 422232

Die Beratung hat insbesondere unter Berücksichtigung des ausstehenden Feuerwehrbedarfsplanes dazu geführt, dass mit 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen für die Beibehaltung des bestehenden Gurtsystems gestimmt wurde.

P1.4.424000.010 – Sportstätten

Sachkonto 421266

Ansatz bisher: 26.400,00 Euro Ansatz neu: 27.851,42 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen abgelehnt.

P1.5.573001 – Bauhof

Sachkonto 422265

Ansatz bisher: 3.650,00 Euro Ansatz neu: 5.350,00 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.

P1.5.573002 – Dorfgemeinschaftshäuser/sonstige öffentliche Einrichtungen

Sachkonto 365100

Ansatz bisher: -69.800,00 Euro Ansatz neu: 0,00 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.



P1.5.573004 – Beteiligungen

Sachkonto 365100

Ansatz bisher: 0,00 Euro Ansatz neu: -69.800,00 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.

P1.6.611000 – Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen

SK 437210

Ansatz bisher: 2.500.000,00 Euro Ansatz neu: 3.020.000,00 Euro

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.

Finanzhaushalt

II.000257.010 Brandschutz OW 11 – Erwerb MTW

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 5 Ja-Stimmen zugestimmt.

Den in der Präsentation zum Haushalt aufgeführten Veränderungen im **Ergebnishaushalt** wurde mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Punkt „Lüftungsanlage Rathaus“ wurde mit einem Sperrvermerk versehen, der aufgehoben werden kann, nach dem das Ingenieurbüro zum Sachverhalt im Rahmen einer Ausschusssitzung Stellung genommen hat.

Der Aufnahme dieses Punktes wurde mit 4 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Der Aufnahme des Erwerbs einer Lizenz für das Programm für das Liegenschafts- und Gebäudemanagement wurde mit 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.



Sodann lässt Ausschussvorsitzender Plate über den Beschlussvorschlag abstimmen. Dieser wird mit 3-Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt:

Der Rat der Gemeinde Dötlingen beschließt:

- 1. die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023,**
- 2. die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2022 bis 2026,**
- 3. das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2024 bis 2026 sowie**
- 4. die Veränderungslisten, die als Anlage dem Protokoll beigefügt sind.“**

Abstimmungsergebnis:

Ja 3 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Zu TOP 15 Anfragen und Anregungen

Berichtswesen - Haushalt

Ratsmitglied Lorenz hinterfragt den weiteren Umgang mit ihrem Wunsch, ein Berichtswesen einzuführen.

Ausschussvorsitzender Plate verweist auf die vorangegangene Beratung, nach der ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden erfolgen soll über die Ausgestaltung eines solchen Berichtswesens und die genannte Möglichkeit für einzelne Maßnahmen entsprechende Anfragen zu den jeweiligen Ausschüssen zu stellen.



Zu TOP Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Plate unterbricht die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen für eine Einwohnerfragestunde um 21:10 Uhr.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Sodann schließt AV Plate die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen um 21:10 Uhr.

Bürgermeisterin

Antje Oltmanns

Vorsitzende/r

Claus Plate

Protokollführerin

Connie Becker